

Antrag

**der Abgeordneten Mehmet Yildiz, Christiane Schneider, Dora Heyenn,
Norbert Hackbusch, Kersten Artus, Dr. Joachim Bischoff, Cansu Özdemir
und Heike Sudmann (DIE LINKE)**

Betr.: Hamburgs Beitrag zum Schutz von Flüchtlingen aus Nordafrika und dem Nahen Osten

Aufgrund der militärischen Eskalation des Aufstands in Libyen und der Luftangriffe der sogenannten Koalition der Willigen herrscht in Nordafrika eine humanitäre Notlage. Es gilt, darauf schnell zu reagieren und Menschen in Not zu helfen. Angesichts der Tatsache, dass eine friedliche Beilegung des Konflikts nicht in Sicht ist, ist mit einer Zunahme von weiteren Bürgerkriegsflüchtlingen zu rechnen.

Ein Großteil der Flüchtlinge möchte in ihr Heimatland oder in ein anderes sicheres Land gebracht werden. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) hat vor diesem Hintergrund an die Weltgemeinschaft appelliert, Flugzeuge zur Verfügung zu stellen, um die Flüchtlinge in ihre Heimatländer zu evakuieren. Zahlreiche Staaten sind dem bereits nachgekommen. Zudem besteht in den Flüchtlingslagern an den libyschen Grenzen dringender Bedarf an humanitärer Soforthilfe, insbesondere an sanitären Anlagen und medizinischer Versorgung. In großer Gefahr schweben auch Flüchtlinge aus Somalia, Eritrea, aus dem Irak und weiteren Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Insbesondere Somalis und Eritreern drohen Gewalt und rassistische Vorurteile, die bereits in der Vergangenheit zu pogromartigen Übergriffen geführt haben. Deutschland und die EU sind zur Verantwortung für das Schicksal aller Opfer und Beteiligten gefordert. Es kann nicht sein, dass Europa sich eigennützig gegen die Flüchtlinge abschottet oder dass die ganze Last den Schultern Italiens aufgebürdet wird. Italien oder andere südeuropäische Staaten dürfen nicht allein gelassen werden.

Deutschland ist daher gefordert, sich an einer umfangreichen Hilfsaktion für die betroffenen Flüchtlinge aus Nordafrika zu beteiligen. Dazu zählt unter anderem die Aufnahme von Flüchtlingen aus dieser Region. Hamburg versteht sich als „Tor zur Welt“, es profitiert vom weltweiten Handel. Damit steht die Hansestadt umso mehr in der Pflicht, Verantwortung für die Not und das Elend in anderen Regionen zu zeigen. Insbesondere das Selbstverständnis einer toleranten, weltoffenen und kulturell vielfältigen Großstadt verbietet es, sich in Zeiten des Krieges und der Not in anderen Teilen der Welt aus der Verantwortung zu ziehen.

Deshalb beschließt die Bürgerschaft:

Der Senat wird aufgefordert,

1. unverzüglich Vorbereitungen für die Aufnahme von Flüchtlingen zu treffen;
2. seine Bereitschaft zu erklären, sich in Abstimmung mit der Bundesregierung und der Europäischen Union an der Aufnahme der vom UNHCR in Libyen registrierten Flüchtlinge in Deutschland zu beteiligen;
3. Aufnahmekapazitäten für (Bürger-)Kriegsflüchtlinge aus Nordafrika bereitzustellen, um ihnen eine menschenwürdige Zukunft zu gewähren.